

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration 18.12.2024

Bernd Tobiassen

Ausländer- und Flüchtlingsbeauftragter des Landkreises Aurich

Stellungnahme zur Debatte über die Rückkehr syrischer Flüchtlinge

Das Assad-Regime wurde vorletzten Sonntag (8.12.) gestürzt, und keine 24 Stunden später gab es bereits erste Forderungen nach Rückkehr der syrischen Flüchtlinge. Das ist viel zu früh.

Viele Syrerinnen und Syrer leben seit 2015/16 im Landkreis Aurich, aber auch davor hatten wir schon syrische Flüchtlinge im Landkreis. Ich kenne einige schon seit über 20 Jahren.

Die Flüchtlinge sind nicht nur vor dem Krieg geflohen, sondern viele auch vor dem brutalen Assad-Regime (Auch schon zu Zeiten des Vaters von Baschar al-Assad. Sein Vater Hafiz al-Assad hatte sich im November 1970 an die Macht geputscht).

Von der Brutalität dieses Regimes konnte man in der letzten Woche einen kleinen Ausschnitt erfahren, als in den Nachrichten über die syrischen Gefängnisse berichtet wurde.

Das Assad-Regime ist endlich gestürzt.

Viele Syrer feiern, aber in ihrer Freude über den Sturz des Assad-Regimes mischt sich auch große Sorge vor dem neuen Regime.

Die neuen Machthaber und die HTS-Milizen sind keine Demokraten, sondern schwer bewaffnete Islamisten, die von den Regierungen in Europa und den USA als Terrortruppen eingestuft wurden.

Ob ihre Versprechen, Minderheiten zu schützen und gleichberechtigt am Wiederaufbau teilhaben zu lassen, wirklich ernst gemeint sind und realisiert werden, bleibt erstmal noch abzuwarten.

Es sind die orthodoxen und katholischen Christen, Aramäer, Chaldäer und weitere christliche Minderheiten, die Yeziden, aber auch muslimische Minderheiten wie die Alawiten, Drusen und Ismailiten, die nicht wissen, ob die islamistischen Machthaber einen säkularen Staat akzeptieren werden oder einen islamistischen Gottesstaat aufbauen wollen.

Und es sind die ethnischen Minderheiten wie die Kurden, Armenier, Turkmenen und Tscherkessen, die sich vor ethnischer Verfolgung fürchten.

Dazu heißt es in einer Stellungnahme von Filippo Grandi, dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) vom 10. Dezember 2024:

„Syrien ist an einem Scheidepunkt - einem zwischen Frieden oder Krieg, Stabilität oder Gesetzlosigkeit, Wiederaufbau oder weiterem Ruin.“

Nach 14 Jahren Konflikt lassen die jüngsten Entwicklungen hoffen, dass das Leiden der syrischen Bevölkerung endlich ein Ende haben könnte und dass Lösungen für die größte Vertreibungskrise der Welt gefunden werden können. (...)

Geduld und Vorsicht sind gefragt, mit der Hoffnung, dass sich die Lage vor Ort positiv entwickelt und eine freiwillige, sichere und nachhaltige Rückkehr möglich wird.

Ein wichtiger Faktor bei diesen Überlegungen wird sein, ob die Parteien in Syrien Recht und Ordnung priorisieren. Ein Übergang, der die Rechte, das Leben und die Bestrebungen aller Syrer - unabhängig der ethnischen Zugehörigkeit, Religion oder politischen Überzeugung - respektiert, ist entscheidend, damit sich die Menschen sicher fühlen können.

Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass der Hilfebedarf in Syrien nach wie vor immens ist. Angesichts der zerstörten Infrastruktur und der Tatsache, dass über 90 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, und mit dem nahenden Winter wird dringende Hilfe benötigt.“

Und in einer Stellungnahme vom 13. Dezember 2024 schreibt das UNHCR:

„Angesichts der ungewissen Lage sind die individuellen Umstände unterschiedlich, ebenso wie die Ursachen der Vertreibung. Während Tausende bereits zurückgekehrt sind, sind Hunderttausende innerhalb Syriens geflohen und benötigen Schutz und Unterstützung. ...

Umgekehrt beobachtet UNHCR auch den Trend, dass Tausende Syrerinnen und Syrer in den Libanon fliehen.“

6,3 Mio. Syrerinnen und Syrer sind aus ihrem Land geflohen, 7,2 Mio. sind innerhalb des Landes vertrieben (Allein im Libanon leben über 1,2 Mio. syrische Flüchtlinge - bei einer Bevölkerung von etwa 4,5 Mio. Libanesen. Umgerechnet auf Deutschland wäre das so, als hätten wir hier über 20 Mio. Flüchtlinge.).

Abgesehen von der Unsicherheit über die zukünftigen Machthaber ist der Wiederaufbau und eine Rückkehr der innerhalb und außerhalb des Landes Vertriebenen eine gewaltige Aufgabe, die internationale Hilfe benötigt und viele Jahre dauern wird.

Schon jetzt die Rückkehr der syrischen Flüchtlinge zu fordern: Was soll ich dazu sagen? Ich finde das einfach unanständig.

Bei uns leben viele Familien, die Kinder sind hier geboren oder aufgewachsen. Viele Syrerinnen und Syrer haben sich gut integriert, sich eine eigene Existenzgrundlage geschaffen und einen dauerhaften Aufenthaltsstatus erreicht, zum Teil bereits die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen.

Die Forderungen nach Rückkehr verunsichern auch diejenigen, die man gar nicht zurückschicken könnte. Sie bekommen das Gefühl, dass sie unerwünscht sind und man sie hier nicht haben will.

Die Diskussion über eine Rückkehr ist sicherlich irgendwann zu führen, aber bestimmt nicht jetzt.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat die Entscheidungen über die Asylanträge von syrischen Asylsuchenden ausgesetzt. Das ist nachvollziehbar, weil sich die Situation in Syrien nach dem Sturz von Assad geändert hat.

Aber wie die Situation sich in Zukunft verändern wird, ob und für wen keine Verfolgungsgefahr mehr besteht und wann keine kriegerischen Auseinandersetzungen mehr befürchtet werden müssen, ist heute noch gar nicht absehbar. Deshalb hat das Bundesamt die Entscheidungen über anhängige Asylanträge ausgesetzt.

Und deshalb wird das Bundesamt jetzt auch keine bereits getroffenen Entscheidungen über die Schutzgewährung widerrufen.

Das wird erst dann möglich sein, wenn man gesichert davon ausgehen kann, dass kein Schutzbedarf mehr besteht, weil eine Rückkehr in Sicherheit, Frieden und Freiheit möglich ist.

Und erst dann, wenn ein Schutzstatus rechtskräftig widerrufen wurde, ist zu prüfen, ob auch das Aufenthaltsrecht widerrufen wird.

Wenn seriöse Politiker jetzt die Rückkehr oder gar die Abschiebung syrischer Flüchtlinge fordern, dann wird der Bevölkerung suggeriert, dass das auch möglich sei.

Das wäre aus meiner Sicht aber nicht nur inhuman (nicht nur wegen der unsicheren Lage in Syrien, sondern auch im Hinblick auf den Umgang mit den betroffenen Menschen). Das wäre zum jetzigen Zeitpunkt und wohl auch in absehbarer Zeit auch rechtlich gar nicht möglich.

Solche Forderungen, die gar nicht umsetzbar sind, besorgen das Geschäft von Rechtspopulisten.

Ich würde mir wünschen, dass die Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien dem entgegenreten und nicht noch Vorschub leisten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!